

Schlieper: „Der CDU-Antrag hat seine Tücken“

POLITIK Wenn der Landkreis die Kinderbetreuung bezahlt, wird es einheitliche Maßstäbe geben, so die SPD

FRIESLAND/WANGERLAND/JW – Für viel Aufsehen in der politischen Landschaft sorgt ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Demnach soll der Kreis in drei Jahresschritten alle nicht gedeckten Kosten für die Kinderbetreuung in den Krippen und Kindergärten übernehmen. In der Summe sollen das 25 Millionen Euro sein, von denen der Kreis nächstes Jahr zehn Millionen, 2022 19 Millionen und danach jedes Jahr 25 Millionen Euro als Zuschuss an die Kommunen zahlen soll.

„Auf den ersten Blick hört sich das sehr gut an und könnte bei den Kommunen im Kreis Begeisterung auslösen. Doch dieser Antrag hat seine Tücken“, teilte Ulrike Schlieper als Vorsitzende der SPD-Kreis-



Ulrike Schlieper

BILD: ANNETTE KELLIN

tagsfraktion in einer Presseinformation mit.

Zunächst sei festzustellen, dass Städte und Gemeinden trotz hoher Belastung in den vergangenen Jahren „keineswegs unerträglich hohe Schulden angehäuft haben, mit Ausnahme der Gemeinde Sande“, erklärt Schlieper. Überbor-

dende Verschuldungen musste keine Gemeinde eingehen.

Auf der anderen Seite habe es der Landkreis in den vergangenen 20 Jahren geschafft, seine langfristigen Schulden abzubauen, Schulen und Gebäude zu sanieren, Straßen und Radwege auszubauen sowie die Krankenhäuser zu unterstützen. Die gesamte Investitionstätigkeit des Landkreises bewege sich in den vergangenen Jahren immer zwischen 15 und 20 Millionen Euro pro Jahr.

Was würde es nun bedeuten, wenn der Kreistag dem CDU-Antrag zustimmen würde? Die beantragten Zuschüsse seien Betriebskosten. Beträge von 10, 19 und dann 25 Millionen Euro könne der Kreis niemals erwirtschaften, meint

die SPD. Eine Kreditfinanzierung des Ergebnishaushalts sei nicht zulässig. Also müsste entweder die Kreisumlage kräftig angehoben werden, oder für Investitionen wäre kein Geld mehr da, so Schlieper.

„Die Finanzierungsvorschläge sind bisher abenteuerlich und zusätzliche finanzielle Belastungen des Landkreises durch die Pandemie spielen bei CDU offensichtlich auch noch keine Rolle“, sagt Schlieper.

Die Mehrheitsgruppe habe über Jahre gezeigt, dass der Begriff der kommunalen Gemeinschaft keine Worthülse sei und werde auch bei der Aufstellung des nächsten Haushalts einen gerechten Ausgleich finden.

Die SPD/Grünen/FDP-Gruppe im Kreistag hält es „für naiv“, zu glauben, dass der Kreis alle Kosten übernehme und sich gleichzeitig mit der Zuschauerrolle begnügen würde. Wenn alle Krippen und Kindergärten voll vom Landkreis finanziert werden, würden sie alle auch nach einheitlichen Maßstäben betrieben werden müssen, berichtet Schlieper.

Die Mitsprache der Städte und Gemeinden wäre auf ein Minimum reduziert. „Wir glauben, dass das niemand will, der Kreis nicht und die Städte und Gemeinden erst recht nicht“, sagt die Gruppensprecherin Schlieper.

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion liege auf dem Tisch und werde diskutiert.

Jeversches Wochenblatt, 19.10.2020